

**Entwurf einer Stellungnahme der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen zur kommunalen Wärmeplanung**

1. Die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen fordern, die Perspektiven für den Anschluss an netzgebundene Wärmequellen in den drei Stadtteilen deutlich zu erweitern. Dazu gehören insbesondere Großwärmepumpen für kleinere Versorgungsgebiete sowie neu anzulegende Netze für Fernwärme und anergiebasierte Wärmenetze. Ziel ist ein deutlich stärkerer und schnellerer Ausbau der Fernwärme- und Anergienetze.
2. Die Beiräte regen an, dass die Landesregierung weitere Investoren motiviert, als Anbieter in das leitungsgebundene Wärmegeschäft einzusteigen. Die Beiräte bitten darum, die nächsten konkreten Schritte darzustellen. Insbesondere interessiert, wie die Landesregierung die Möglichkeit bewertet, in konkrete Projekte mit städtischer Beteiligung einzusteigen.
3. Die Potenziale anergiebasierter Wärmenetze sind im vorläufigen Wärmeplan aus Sicht der Beiräte unvollständig dargestellt. Die Möglichkeit, erforderliche Tiefenbohrungen im Bereich öffentlicher Flächen (z. B. Fußwege) vorzunehmen, wurde nicht untersucht. Die Beiräte bitten darum, diese Prüfung für Findorff, Walle und Gröpelingen nachzuholen und die Ergebnisse im Wärmeplan nachvollziehbar darzustellen. Auch die Eignung hinsichtlich der geologischen Bedingungen sollte detaillierter dargestellt werden.
4. Die Beiräte würden konkrete, niedrigschwellige Angebote für individuelle Beratungen sehr begrüßen, die turnusmäßig direkt in den drei Stadtteilen Findorff, Walle und Gröpelingen stattfinden. Für die großflächig ausgewiesenen „Prüfgebiete“ werden zeitnahe und belastbare Prüfergebnisse benötigt, um den Bürger:innen und Eigentümer:innen eine klare und transparente Orientierung zur künftigen Wärmeversorgung zu geben.
5. Die Beiräte setzen sich für eine soziale Absicherung der Wärmewende ein. Der vorläufige Wärmeplan soll bei der weiteren Ausarbeitung Maßnahmen zur sozialen Abfederung der Kosten berücksichtigen, unter anderem sozial gestaffelte Wärmepreise und Förderprogramme für Haushalte mit geringem Einkommen. Hierzu gehören auch Maßnahmen zum Schutz der Fernwärmekund:innen vor überzogenen Preisen. Insbesondere soll geprüft werden, ob zum Beispiel eine kommunale Wärmegenossenschaft oder eine (Re-)Kommunalisierung der swb AG zu einer sozial gerechteren Umsetzung der Wärmewende beitragen kann.
6. In der Konzeption „Entwurf der Umsetzungsstrategie“ des Ressorts SUKW sind nur wenige konkrete Zeitpunkte für zu realisierende Schritte genannt. Die Beiräte wünschen sich für Findorff, Walle und Gröpelingen eine termingebundene Umsetzungsstrategie im Sinne der oben ausgeführten Punkte und würden eine solche Termingebundenheit auch bezogen auf die im Entwurf dargestellte Gesamtstrategie sehr begrüßen.
7. Die Umsetzung der Wärmewende wird eine Vielzahl von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum erfordern. Vor diesem Hintergrund halten die Beiräte es für erforderlich, die Koordinierung von Baustellen zu verbessern. Der Beirat regt die Schaffung einer ressortübergreifenden Koordinierungsstelle an, die anstehende Bauvorhaben priorisieren und terminieren soll, um Überschneidungen und Konflikte zu vermeiden.

Sie soll auch die Bündelung von verschiedenen Maßnahmen im gleichen baulichen Kontext fördern, um die Anzahl der Baufeldöffnungen und die Kosten für die Wiederherstellung zu reduzieren.

8. Die Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen bedauern außerordentlich, dass die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft nicht auf wiederholte Initiativen eingegangen ist, im laufenden Planungsprozess über die besonderen Herausforderungen der zukünftigen Wärmeversorgung in den Stadtteilen ins Gespräch zu kommen. Sie bitten darum, an der weiteren Entwicklung der kommunalen Wärmeplanung kontinuierlich beteiligt zu werden, um Transparenz und Mitwirkung zu sichern.

## **Antrag an die gemeinsame Beiratssitzung der Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle**

Die Beiräte Walle, Gröpelingen und Findorff mögen beschließen, den unten aufgeführten Antrag an die Beirätekonzferenz zu stellen.

### **Begründung:**

Der Beirat Walle hat am 04.09.25 die Aufforderung an Senat und Bürgerschaft beschlossen, ein stadtweit gültiges bürgerfreundliches Umsetzungskonzept für Straßenumbenennungen zu prüfen, das Rechtssicherheit für Beiräte schafft. Um die Aufforderung zu konkretisieren, wurde beschlossen, das Thema auf die Tagesordnung der Beirätekonzferenz zu setzen. Der anliegende Antrag für die Beirätekonzferenz sieht vor, einen entsprechenden Antrag an Bürgerschaft zu stellen.

Die Notwendigkeit eines Umsetzungskonzepts hat sich im Rahmen der Aktivitäten des „AK Anwohnerbefragung“ des Beirats Walle ergeben. Da es kein verlässliches Verfahren für die Umsetzung von Straßenumbenennungen gibt, ist es kaum möglich, verlässliche Informationen für Anwohnende bereitzustellen und im Einzelfall müssen Fragen wie Gebührenerlasse mit den Behörden verhandelt werden. Das übersteigt die Kompetenzen von Beiräten. Um die im neuen Beirätegesetz noch klarer festgeschriebene Zuständigkeit für die Umbenennung von Straßen praktisch zu untersetzen, ist daher ein Umsetzungskonzept notwendig.

## **Antrag an die Beirätekonzferenz**

Die Beirätekonzferenz kann mit 2/3-Mehrheit Anträge an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) beschließen. Das Thema soll auf die Tagesordnung der Beirätekonzferenz aufgenommen werden.

### **Die Beirätekonzferenz möge beschließen:**

## **Antrag der Beirätekonzferenz**

an die **Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft)**:

### **Konzept für bürgerfreundliche Umsetzung von Straßenumbenennungen entwickeln**

Straßenumbenennungen sind ein wichtiges Instrument lokaler Erinnerungskultur und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der Geschichte. In der praktischen Umsetzung bestehen jedoch erhebliche Unsicherheiten, die Stadtteilbeiräte und Anwohner:innen gleichermaßen betreffen. Während der Prozess der Umbenennung durch die letzte Änderung des BeiräteOG angepasst und dadurch klarer und rechtssicherer gefasst wurde, fehlt für den anschließenden Prozess der Umsetzung bisher ein stadtweites Konzept.

Der Beirat fordert den Senat und die Bremische Bürgerschaft daher auf, ein stadtweit gültiges Umsetzungskonzept für Straßenumbenennungen zu erarbeiten und vorzulegen, an

dem sich die Stadtteilbeiräte und Anwohner:innen künftig rechtssicher und organisatorisch verlässlich orientieren können.

In der Vorbereitung und Durchführung von Straßenumbenennungen hat sich gezeigt, dass es derzeit keine klaren Regelungen oder abgestimmten Verfahren gibt, wie die praktische Umsetzung erfolgt. Dies betrifft insbesondere Fragen des Bürgerservice und der Verwaltungspraxis – etwa Übergangsstraßenbeschilderungen, Postzustellung, Ummeldungen oder Informationspflichten gegenüber Dienstleistern.

Ziel eines Umsetzungskonzeptes muss es sein, im Falle einer Entscheidung für eine Straßenumbenennung die Belastungen für die Anwohnenden so gering wie möglich zu halten. Aufgrund der Vielzahl beteiligter Behörden und Zuständigkeiten liegt die Gewährleistung reibungsloser Abläufe jedoch außerhalb der Möglichkeiten ehrenamtlich arbeitender Beiräte. Ein klar geregeltes, transparentes und verlässliches Verfahren ist erforderlich, damit die Beiräte von ihrem Recht zur (Um-)Benennung von Straßen und Plätzen überhaupt kompetent Gebrauch machen und gleichzeitig die Interessen der Anwohner:innen wahren können. Ein solches Konzept soll Beiräte entlasten und sicherstellen, dass die zuständigen Behörden die notwendige Unterstützung bei der Umsetzung leisten.

Konkret sollte das Konzept mindestens folgende Punkte berücksichtigen:

- Übernahme der Gebühren, die für Änderungen von Fahrzeugscheinen (regulär 12 €), Gewerbeummeldungen (regulär 18 €) und sonstige notwendige Ummeldungen entstehen.
- Automatische Ummeldung aller Anwohnenden mit Zustellung neuer Meldebescheinigungen (nach dem Vorbild der Stadt München).
- Erweiterte Sprechzeiten des Bürgerservice im zuständigen Ortsamt für notwendige Ummeldungen.
- Festlegung verlängerter Fristen für Ummeldungen, die nicht automatisch vorgenommen werden können.
- Regelung einer Übergangsbeschilderung mit dem alten, durchgestrichenen Straßennamen für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten.
- Verfahren zur zeitnahen Information von Anbieter\*innen von Navigationssystemen, Taxidiensten, Rettungsdiensten und anderen relevanten Akteuren.
- Transparente und verlässliche Information über das Umsetzungskonzept und seine Verfahren für Anwohnende, Gewerbetreibende und Eigentümer:innen in geeigneter Form.

Für die Ausarbeitung eines solchen Konzeptes sollen die Erfahrungen aus anderen Kommunen – etwa München, Münster und Löhne – herangezogen werden.

---

## **Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen:**

Der Senat wird aufgefordert,

1. ein **umfassendes Umsetzungskonzept für Straßenumbenennungen** zu erarbeiten, dass eine rechtssichere, transparente und bürgerfreundliche Durchführung gewährleistet;
2. dabei mindestens die in der Begründung genannten Punkte zu berücksichtigen und vorhandene Erfahrungen anderer Kommunen einzubeziehen;
3. das erarbeitete Konzept der Beirätekonzferenz sowie der Bremischen Bürgerschaft zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen;
4. wo nötig, in bestehende Gebührenordnungen Ausnahmeregelungen bei Gebührenerhebung aufgrund von Straßenumbenennungen aufnehmen.

Für den AK Anwohnerbefragung Sebastian Schmugler, Helene Finck, Katharina Schmiss  
und Anna Fischer

Schriftliche Anfrage der Beiräte Findorff, Gröpelingen und Walle  
an die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

im Zuge der bundesweiten Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle wurde öffentlich berichtet, dass auch Teile des Bremer Stadtgebiets weiterhin im Prüfverfahren enthalten seien. Die Beiräte haben den Auftrag, die Auswirkungen auf die Stadtteile transparent zu klären und die Bevölkerung frühzeitig zu informieren.

Wir bitten daher um die Beantwortung der folgenden Fragen in klarer, allgemein verständlicher Form:

## **1. Welche Bereiche in Bremen sind aktuell im Prüfverfahren?**

Bitte teilen Sie uns mit:

- ob Flächen in in den Bremer Stadtteilen Walle, Gröpelingen oder Findorff weiter im Verfahren enthalten sind,
- wie diese Bereiche räumlich abgegrenzt sind,
- und stellen Sie uns hierzu bitte ein einfaches Kartenmaterial oder eine Übersichtsgrafik zur Verfügung.

## **2. Auf welcher Grundlage wurde entschieden, dass Bremen weiterhin geprüft wird?**

Wir bitten um eine verständliche Erläuterung,

- welche Gründe dafür sprechen, das Bremer Gebiet nicht auszuschließen,
- welche grundlegenden Kriterien (z. B. Eigenschaften des Untergrunds) bisher angewendet wurden,
- und welche Kriterien erst in späteren Schritten geprüft werden.

Es geht uns dabei nicht um technische Details, sondern um eine nachvollziehbare Begründung der bisherigen Entscheidungen.

## **3. Welche Prüfungen folgen als Nächstes?**

Bitte stellen Sie kurz dar:

- wie das Verfahren in den nächsten Jahren abläuft,
- welche weiteren Untersuchungen oder Bewertungen für das Bremer Stadtgebiet relevant sein könnten,
- und in welchem Zeitraum Entscheidungen über ein „Weiterkommen“ oder „Ausscheiden“ einzelner Gebiete getroffen werden.

## **4. Welche Beteiligungsrechte haben die politischen Gremien in Bremen?**

Neben den Beiräten existieren auf Landes- und kommunaler Ebene weitere politische Gremien. Bitte erläutern Sie:

- welche Mitwirkungs-, Informations- und Stellungnahmerechte die **Bürgerschaft**, der **Senat**,

die **Stadtbürgerschaft** sowie ggf. Fachausschüsse haben und wie diese genau über weitere Entwicklungen informiert werden

- ob und wie die BGE deren Beteiligung sicherstellt,
- welche formellen Schritte diese Gremien im Verlauf der Standortsuche erwarten können.

## 5. Wie werden Bürgerinnen und Bürger informiert?

Bitte geben Sie Hinweise zu

- zentralen Informationsquellen,
- Kontaktmöglichkeiten für Fragen aus der Bevölkerung,
- sowie zu geplanten bundesweiten oder regionalen Informations- und Beteiligungsformaten.

**Wir danken für Ihre Unterstützung** und bitten um Rückmeldung innerhalb von sechs Wochen.  
Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Die Beiräte Walle, Gröpelingen und Findorff**